

Geberit tagt mit Rekorddividende und harscher Kritik

RAPPERSWIL-JONA Die gestrige Generalversammlung der Geberit AG war von Extremen geprägt. Während sich die Aktionäre über eine stark erhöhte Dividende freuen, kritisieren Gewerkschafter drohende Werksschliessungen.

Die 18. ordentliche Generalversammlung der Geberit AG von gestern Abend wird den Aktionären in Erinnerung bleiben. Nachdem sie von einer kleinen Protestgruppe begrüsst worden waren, erblickten die Versammlungsteilnehmer auffällig zahlreiche Sicherheitskräfte. Beim Einlass in die Sporthalle Grünfeld wurden anschliessend Taschen und Koffer durchsucht. Störungsfrei und nahezu pünktlich wurde die Generalversammlung dann von Verwaltungsratspräsident Albert M. Baehny eröffnet. Nachdem die Formalitäten geklärt waren, äusserte sich Baehny zum Geschehen vor der Halle. «Wie Sie bemerkt haben, findet vor dem Eingang eine Demonstration statt», stellte er fest. «Ich möchte dies nicht unkommentiert lassen.» Arbeiter der Geberit-Tochtergesellschaften in La

Villeneuve-au-Chêne (Burgund) und Digoin (Champagne) würden sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen. Die Geschäftsführer vor Ort nehmen dies laut Baehny ernst. Bei dem laufenden Vorgehen würde man die strengen Vorschriften, die in Frankreich gelten würden, einhalten.

Petition überreicht

Mit diesem Kurzstatement war das Thema für den Konzern im Sanitärbereich aber noch nicht vom Tisch. Nachdem die traktandierten Wahlen über die Bühne gegangen waren, bat Arno Russi um das Wort. Der Unia-Sektionsleiter hielt inbrünstig eine Rede. Vorneweg gratulierte er herzlich den wiedergewählten Verwaltungsräten. «Die Geberit killt Hunderte Jobs und stürzt Arbeiter ins Elend», rief er den 1040 anwesenden Aktionären sodann entgegen. Auch in Oberbayern drohe die Schliessung eines Werkes. Es bestehe jedoch keinerlei wirtschaftlicher Zwang, die Standorte würden rentieren. Die Schliessung folge alleine dem Gewinnstreben, der Profitmaximierung und der Sicherung von hohen Boni. Diesen Prozess bezeichnete der Gewerkschafter als Aushungern. Während die Geberit AG fette Gewinne mache würde, würden die Arbeiter in Frankreich schlecht bezahlt. «Nehmen Sie endlich Ihre soziale Verantwortung wahr», richtete er sich an die Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat. Es müsse ein Dialog geführt werden. Um diese Forderung zu unterstreichen, überreichte er eine Petition, die 500 Franzosen unterschrieben hätten. Baehny und CEO Christian Buhl nahmen diese persönlich entgegen und schüttelten dem Gewerkschafter die Hand.

«Die Geberit killt Jobs und stürzt Arbeiter ins Elend.»

Arno Russi, Sektionsleiter Unia

Den Abstimmungen zufolge sind die Aktionäre derweil mit der Strategie des Unternehmens zufrieden. Mit 99,98 Prozent wurde die Verwendung des Bilanzgewinns gutgeheissen, die zu einer Dividende von 10 Franken pro Aktie führt. Dies entspricht einer Erhöhung von 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In zufriedene Gesichter blickte Buhl, als er das Geschäftsjahr erläuterte und den um 8,3 Prozent gestiegenen Nettoumsatz auf 2,8 Milliarden Franken hervorhob. In allen globalen Regionen gebe es in allen Produktbereichen positive Umsatzentwicklungen. Für die aus dem Verwaltungsrat zurückgetretene Regi Aalstad wurde Eunice Zehnder-Lai in das Gremium gewählt. Bei einer rein konsultativen Befragung zur Vergütung der Konzernleitung wurde mit über 95 Prozent gutgeheissen, dass die Konzernleitung 2018 maximal 11,3 Millionen Franken verdienen darf.

Markus Richter

Spekulationen über zweiten UGS-Stadtrat

RAPPERSWIL-JONA Nach dem Rückzug der SP aus dem Kampf um den letzten Stadtratssitz will die UGS die Lage neu beurteilen. Eine allfällige Kandidatur von Silvia Kündig steht im Raum.

Das Rennen um den verbleibenden Stadtratssitz in Rapperswil-Jona bleibt offen: Nachdem sich der SP-Kandidat Eduard Hirschi zurückgezogen hatte, wurde spekuliert, dass die UGS eventuell über eine Kandidatur nachdenke. Mit Kantonsrätin Silvia Kündig wurde auch gleich noch eine Kandidatin ins Spiel gebracht.

UGS-Co-Präsidentin Kündig will auf Anfrage der «Zürichsee-Zeitung» eine allfällige Kandidatur weder bestätigen noch dementieren. Der Parteivorstand treffe sich heute Donnerstag, um die neue Ausgangslage zu besprechen. Erst dann könne die Öffentlichkeit informiert werden. Über das Scheitern der SP ist Kündig enttäuscht: «Die Partei gehört nach 100 Jahren weiterhin in den Stadtrat.»

Noch unentschieden

Auch der parteilose Betim Bunjaku hat sich noch nicht entschieden, ob er zum zweiten Wahlgang der Ersatzwahl wieder antritt. Eine Haltung zum noch nicht endgültig definierten Kandidatenfeld hat der 27-Jährige dennoch: «Ich finde, dass es eine Mitte-links-Option braucht.» Als solche betrachte er auch sich selbst. «Gesellschaftspolitisch bin ich eher sozial ausgerichtet», meint Bunjaku auf Anfrage. Seine Entscheidung, beim zweiten Wahlgang am 21. Mai anzutreten, hänge auch davon ab, ob die Linke nun noch einen Kandidaten stelle. «Ich entscheide mich demnächst.»

Eine rasche Entscheidung hatte hingegen Nils Rickert (GLP) getroffen. Der ehemalige Kantonsrat zog seine Kandidatur bereits am Tag nach der Wahl zurück. Der Abstand zum Erstplatzierten Ueli Dobler (CVP) sei zu gross gewesen. Dobler gab bereits am Wahltag bekannt, dass er zum zweiten Wahlgang erneut antritt. Auch der Zweitplatzierte Ramiz Ibrahimovic (Jungfreisinnige) will erneut antreten. Die Eingabefrist für Kandidaturen endet morgen. Eva Pfirter / Olivia Tjon-A-Meeuw



Gestern Abend ging die Generalversammlung von Geberit in Rapperswil-Jona über die Bühne.

Keystone

Kommission will kein umfassendes Kulturförderungsgesetz

ST. GALLEN Die vorbereitende Kommission des Kantonsrates findet das neue Kulturförderungsgesetz zu umfangreich.

Die Mehrheit der vorbereitenden Kommission des St. Galler Kantonsrats lehnt eine Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes ab. Der Entwurf der Regierung hätte keine zusätzlichen Ausgaben ausgelöst, sondern vor allem den Istzustand gesetzlich festgeschrieben. Die Mehrheit der Kommission sei der Meinung, dass es kein derart umfassendes Gesetz brauche, erklärte die Kommissionspräsidentin, SP-Kantonsrätin Bettina Surber, gegenüber der Nachrichtenagentur SDA.

Die Kommission beantragt nun dem Kantonsrat, die Totalrevisi-

on abzulehnen. Die Regierung solle einen neuen Entwurf ausarbeiten, der sich auf einige wenige Themen beschränke. Regellungsbedarf gebe es etwa bei den regionalen Kulturförderplattformen, ergänzte die Kommissionspräsidentin.

Altes Gesetz nicht mehr zeitgemäss

Mit dem neuen Kulturförderungsgesetz wollte die Regierung das geltende Gesetz ablösen – das mit acht Artikeln «knappste Kulturgesetz der Schweiz», wie es in der Botschaft heisst. Die Regelungen entsprächen nicht mehr den in den letzten Jahren gefällten kulturpolitischen Entscheidungen und seien nicht mehr zeitgemäss.

Das Kulturförderungsgesetz hätte keine Mehrausgaben aus-

gelöst. Unter anderem sollte darin die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton verankert werden. Die Regierung wollte zudem die regionalen Kulturförderplattformen auf eine verlässliche Basis stellen.

Wie es mit dem Vorschlag weitergeht, entscheidet der Kantonsrat in einer der kommenden Sessionen. Für den Fall, dass der Rat das Gesetz nicht zurückweist, hat die Mehrheit der Kommission eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen ausgearbeitet.

Darin geht es unter anderem um die Gemeindeautonomie. Die Kommission wollte von einer Erhöhung der Gemeinden im Zusammenhang mit den kulturpolitischen Zielen des Kantons absehen. Die Kommunen sollten frei sein, ihre Ziele selber zu definie-

ren. Auf Kritik stiess auch die von der Regierung vorgeschlagene Lösung, die kantonalen Kulturstandorte nicht im Gesetzestext aufzulisten, sondern einen Kulturstandort so zu definieren, dass die entsprechende Liegenschaft im Eigentum des Kantons ist.

Die Kommission schlägt eine Gesetzesbestimmung vor mit einer namentlichen Aufzählung der Kulturstandorte und der Möglichkeit des Kantonsrates, weitere kantonale Kulturstandorte bestimmen zu können. Der Vorlage der Regierung entsprechend hätten heute die Lokremise St. Gallen, das Schloss Werdenberg, die Tonhalle und das Theater St. Gallen den Rang eines kantonalen Kulturstandorts sowie mittelfristig auch das Alte Bad Pfäfers. Die Kommission gibt überdies dem Kunstzeughaus Rapperswil-Jona diesen Status.

LESERBRIEFE

Gerne druckt die «Zürichsee-Zeitung» Leserbriefe zu lokalen Themen ab. Die Maximallänge für Leserbriefe beträgt 2200

Zeichen. Die Redaktion behält sich Anpassungen und Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. red



Dein Wanderweg kann deine Gesundheit gefährden.

Prüfe auf www.zecken-stich.ch, ob du dich in einem Risikogebiet befindest.

